

Novelle gegen Fusionen

Bonn rüstet gegen die Pressekonzentration: Nach dem Schock der Stuttgarter Multiverflechtung (SPIEGEL 15/1974) wollen SPD und FDP nun schleunigst das Kartellgesetz durch eine Novelle gegen Verlagsfusionen schärfen. Einig sind beide Fraktionen bereits über zwei Gesetzesanpassungen an bestehende Pressestrukturen: Die Kartell-Sanktionen — wie Fusionsanmeldung und Verbotsandrohung — sollen schon bei Gesamt-Umsätzen beteiligter Pressehäuser von 25 Millionen (gemeinhin noch 500 Millionen) Mark einsetzen. Zudem sollen bei Zeitungen auch entstehende Lokalmonopole vom Gesetz erfaßt werden, das im Industriebereich die Erwartung bundesweiter Wettbewerbsbeschränkungen voraussetzt. Die Bestimmung „relevanter Märkte“ für die Ermittlung marktbeherrschender

Positionen — mithin die Differenzierung nach Zeitungskategorien wie Boulevardblätter oder Illustrierte — werden die Gesetzesmacher voraussichtlich dem Kartellamt im Einzelfall überlassen. Eine Entflechtung bestehender Konzerne ist nicht vorgesehen.

„Super de Luxe“-Räte

Ausgerechnet die 49 Ministerialräte des Bundesrechnungshofes, deren Präsident gleichzeitig „Bundesbeauftragter für Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung“ ist, sollen jetzt durch Höherstufung ohne Beförderung eine Bresche in die erst seit 1971 bestehende Neuordnung des Besoldungsrechts schlagen. Bisher galt der Grundsatz, daß 25 Prozent der Ministerialräte nach A 16 (Jargon: Ministerialrat einfach) und 75 Prozent nach B 3 (Jargon: Ministerialrat de Luxe) bezahlt werden.

Die Bundesrechnungs-Ministerialräte sollen nun in die neue Klasse „Super de Luxe“ aufrücken und nicht mehr nach B 3 (Grundgehalt 4319,99 Mark plus Ortszuschlag von mindestens 532,25 Mark), sondern nach B 4 (Grundgehalt 4607,13 Mark, Ortszuschläge wie bei B 3) bezahlt werden. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Hansmartin Simpfendorfer gab bereits Alarm: „Hier muß ein Dammbrech vermieden werden. Wenn wir diesem Vorschlag der Bundesregierung folgen, würde der Bund zum Schrittmacher einer Entwicklung, deren Konsequenzen und finanzielle Auswirkungen kaum abzuschätzen sind. Wir haben heute bei den obersten Bundesbehörden 941 B 3- und 370 A 16-Ministerialräte. Es ist nicht anzunehmen, daß sie einer so weitgehenden Hervorhebung ihrer Kollegen vom Bundesrechnungshof lange tatenlos zusehen werden.“

Maos Lob von der Kanzel

Das Landenkirchenamt in Kiel hat gegen die Hamburger Pastorin Edda Groth, 35, ein „Amtszuchtverfahren“ eingeleitet, das, äußerstenfalls, zur Entlassung aus dem Dienst führen kann. Die Seelsorgerin der Hamburger Randgemeinde Bramfeld, die durch eine von Gemeindegliedern gebildete Initiativgruppe unterstützt wird (Flugblatt: „Edda Groth muß bleiben“), hatte sich in einem Offenen Brief an ihren Vorgesetzten Probst Helmer-Christoph Lehmann „mit Zielen und Methoden bestimmter kommunistischer Gruppen identifiziert“ (Kirchenleitung) sowie die Auffassung vertreten, daß die „Arbeiterklasse ihre Befreiung mit Waffengewalt erkämpfen“ müsse. Überdies habe die Pastorin, die hauptsächlich mit dem „Kommunistischen Bund Westdeutschland“ zusammenarbeitet, vor Konfirmanden von der Kanzel herab „die Verdienste Maos für die Menschheit“ gewürdigt. Auszug aus dem Offenen Brief:

Der Staat... vertritt eindeutig... die Interessen der Kapitalistenklasse... Auch die Institution Kirche (ist) nicht frei von der Parteinahme für die Klasse der Kapitalisten. Die traditionelle Rolle, die von der Kirche erwartet wird, ist die des Versöhnertums zwischen den Klassen zugunsten der Herrschenden. Die Kirche wird... vom Kapitalismus dafür genutzt, daß sie Widersprüche verschleierte, finanzielle Notlagen durch Kollekten und seelischen Trost abmildert, Gespräche zwischen Unternehmern und

Arbeitern inszeniert, die... ein heuchlerisches Verständnis für die andere Seite wecken, und... bei Entrechtung und zunehmender Ausbeutung des Volkes... zu Sparsamkeit, Duldsamkeit und Stillschweigen animiert...

Der einzige Ausweg aus dem gegenwärtigen System... ist der Weg zum Sozialismus, wie er uns beispielhaft im Aufbau des Sozialismus in China gezeigt wird.

Ich unterstütze die Ziele der Kommunisten als mit meinen identisch, wenn sie zum Beispiel gegen-



Pastorin Edda Groth

wärtig fordern: Rechenschaftspflicht und jederzeitige Abwählbarkeit aller Volksvertreter. Wahl der Richter, höheren Beamten und Lehrer unmittelbar durch das Volk. Abschaffung der besonderen Dienstrechte für Arbeiter, Angestellte und Beamte im öffentlichen Dienst. Völlige Gleichberechtigung der Frauen und aller Ausländer in der BRD. Unentgeltliche und umfassende Bildung für alle Kinder bis zum 18. Lebensjahr und die Versorgung aller Schüler mit Nahrung, Kleidung und Lernmitteln auf Staatskosten. Die völlige Trennung von Kirche und Staat. Abschaffung aller indirekten Steuern.

Auf diesem von mir eingeschlagenen Weg werde ich entschieden weiterschreiten, ... es sei denn, man widerlege mich aus der Schrift oder kraft der Vernunft.

Auszug aus der Konfirmationspredigt:

Es gibt eine Stelle im Neuen Testament, in der es ungefähr so heißt: Gott distanziert sich eindeutig von denen, die immer nur „Herr, Herr“ sagen, ... die aber, wenn es darauf ankommt, Gottes Willen zu tun, die Kurve kratzen... In Gottes Augen sind letzten Endes nur die auf seiner Seite, die diese Welt zum Guten ändern... und für die Gerechtigkeit auf Erden eintreten. In diesem Sinne — so wage ich... provokativ zu behaupten — steht Mao... Gott näher als alle Päpste und Bischöfe der letzten 1000 Jahre zusammen.